

4. Soziale Bewegungen in der politischen Arena: paradigmatische Ansätze der Bewegungsforschung

Die Forschung zu sozialen Bewegungen hat sich ursprünglich zur Beantwortung der Frage entwickelt, wie sich »Ideen, Individuen, Ereignisse und Organisationen in einem breiteren Prozess des kollektiven Handelns mit einer gewissen Kontinuität über die Zeit verbinden« (della Porta/Diani 2006: 5). Ausgehend von dieser zunächst deskriptiven Perspektive hat sich die Bewegungsforschung breit und multidisziplinär aufgefächert und ein »hybrides Feld« an Interpretationen und Lektüren über das kollektive Handeln bestellt (Smelser 2003: 644). Im Verlauf der Zeit haben sich die Studien zu sozialen Bewegungen auch den Interaktionsbedingungen zwischen diesen Akteursgruppen und staatlichen Institutionen sowie dem Verhältnis zu ihren spezifischen Entstehungskontexten zugewendet (della Porta/Diani 2006: 7).

Einer ihrer zentralen Beiträge ist die Entwicklung eines Begriffskanons zur Beschreibung, Analyse und kritischen Betrachtung von kollektiven Praktiken und Strategien. Bis heute greifen akademische, politische und auch journalistische Debatten auf die grundlegenden Kategorien dieses Forschungsbereichs zurück (Cox 2015: 37). Um die Praktiken und Organisationsformen sozialer Bewegungen ins Zentrum der Analyse zu rücken, bedarf es daher einer Auseinandersetzung sowohl mit ihren fundamentalen analytischen Werkzeugen als auch theoretischen Reflexionen. Die Bewegungsforschung hat außerdem ihren eigenen Beitrag zum Verständnis des Verhältnisses von kollektiv organisierten Akteur:innen zu Staat und Recht geleistet. Die Deskription und Analyse der Formen und Effekte dieser Interaktionen haben einerseits zu einer Reflexion über die zeitlichen, sozialen und politischen Dimensionen von Protestzyklen geführt (McAdam/Tarrow 2019: 37). Andererseits haben bereits die traditionellen Paradigmen der Bewegungsforschung eine kritische Auffassung zu den Vorstellungen von Erfolg und Scheitern hinsichtlich kollektiver Mobilisierungsprozesse entwickelt (vgl. Diani 1997; Giugni 1998; Kolb 2007). Diese zwei Dimensionen sind in jedem Prozess der kollektiven Rechtsmobilisierung maßgeblich und ihre Erforschung muss deshalb in eine Untersuchungsmatrix, die institutionelle politische Prozesse aus der Perspektive sozialer Bewegungen auslotet, integriert werden.

Nach einer knappen historischen und geografischen Einordnung der Konstituierung des Feldes (4.1) analysiere ich die vier in der Literatur als paradigmatisch bezeichneten Strömungen der Bewegungsforschung, nämlich Ressourcenmobilisierung (4.2), politische und diskursive

Gelegenheitsstrukturen (4.3), Framing-Ansatz (4.4) und die Forschungstradition der *contentious politics*¹ (4.5) (für einen Überblick über das Forschungsfeld siehe u.a. della Porta/Diani 2006; Snow et al. 2019a; Vey et al. 2019). Ziel dieser systematischen Darstellung ist es, die entsprechenden Prämissen dieser Ansätze zu erarbeiten sowie ihre Beiträge zur Analyse der Interaktion sozialer Bewegungen mit den Institutionen des Staates und dem juridischen Feld herauszustellen. Abschließend komme ich auf die im vorherigen Kapitel erarbeiteten Ergebnisse zurück und bewerte, inwiefern die paradigmatischen Ansätze der Bewegungsforschung den Mangel an einer tieferen Auseinandersetzung mit dem spezifischen Verhältnis sozialer Bewegungen und rechtlicher Institutionen reproduzieren (4.6).

4.1 Ansätze zur Erforschung multipler Bewegungskonstellationen

Die Forschung zu sozialen Bewegungen entwickelte sich in erster Linie aufgrund der Erfahrungen unterschiedlicher Bewegungskonstellationen, die Proteste, Sit-ins, Demonstrationen, Streiks oder Besetzungen als Teil ihrer kollektiven Handlungsrepertoires praktiziert haben.² Dieser Forschungsbereich entstand in Abgrenzung zu Ansätzen, die bis in die 1960er Jahre jede Form kollektiver Mobilisierung als irrationalen und ziellosen Akt der Massen konzeptualisierten (Kern 2008b: 31). Die Gründung von Instituten, Zeitschriften, Forschungsgesellschaften weltweit sowie die Wissenszirkulation unter Aktivist:innen im akademischen Raum führten ab den 1970er Jahren zu einer Ausweitung der Forschung zu sozialen Bewegungen (Klandermans 1991: 33).

Aufgrund ihrer Interdisziplinarität und vielschichtiger Herangehensweisen bleibt die Bewegungsforschung jedoch weitgehend plural, sodass sich kein einheitlicher Theoriekorpus zur Erforschung dieser spezifischen Form des kollektiven Handelns herausgebildet hat. Vielmehr können charakteristische Ansätze identifiziert werden, die durch mehrere wissenschaftliche Bewegungsforschungstraditionen rezipiert werden (della

- 1 In der Arbeit verwende ich den englischsprachigen Begriff *contentious politics*, der in der deutschsprachigen Bewegungsforschung geläufig ist (vgl. Gunzelmann 2019; Schritt 2019; Vey et al. 2019), anstatt seine teilweise nicht stimmigen Übersetzungen, wie »Streitpolitik« oder »strittige Politik« (vgl. Klein 2008, 2003; Tratschin 2016).
- 2 Die Erfahrungen der Studierendenbewegung 1968, der Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegung in Europa in den 1960er und 1970er Jahren (Gerhard 2018; Raschke 1988; Rucht 1994) waren entscheidend für die Entstehung eines westeuropäischen Forschungsfeldes zu sozialen Bewegungen.

Porta/Diani 2006: 3; Klandermans/Roggeband 2017: 3), wie beispielsweise die paradigmatischen Strömungen, hier von mir auch als traditionelle Theorien der Bewegungsforschung benannt.

Im deutschsprachigen Raum bildete sich das Forschungsfeld zu sozialen Bewegungen durch den Austausch zwischen Wissenschaftler:innen über Ansätze aus der westeuropäischen Tradition und US-amerikanische Studien zu kollektiven Handlungsformen und Bewegungsstrategien heraus (vgl. z.B. Klandermans 1991; Raschke 1988; Rucht 1991).³ Die westeuropäischen Bewegungsforscher:innen beschäftigten sich dabei insbesondere mit der Erforschung der *neuen sozialen Bewegungen*. Sie widmeten sich der Analyse der damals, in den 1970er Jahren, neuen Akteurskonstellationen, die sich jenseits der politischen Organisierung im Arbeitsumfeld kollektiv vernetzten und mobilisierten (vgl. Touraine 1985; Klandermans 1991; Rucht/Teune 2017). Die US-amerikanische Tradition hingegen fokussierte auf die Untersuchung der sozialen und gruppeninternen Bedingungen für die Entstehung sozialer Bewegungen und entwickelte Ansätze zur Beschreibung und Erklärung kollektiver Strategien (vgl. Piven/Cloward 1991; Tilly 1978; Tilly/Tarrow 2006).

Laut Guya Accornero und Olivier Fillieule widmeten sich die europäischen Ansätze »den strukturellen Ursachen sozialer Bewegungen, ihren Ideologien und ihrem Verhältnis zur Kultur der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften«, die das kollektive Handeln beeinflussen, während die englischsprachige Forschung insbesondere die Motivationen und Taktiken kollektiver Akteur:innen untersuche (Accornero/Fillieule 2018: 6). Beide Perspektiven werden bis heute in Studien zu sozialen Bewegungen verwendet. Sie haben sich jedoch weiter aufgefächer und durch neue Erklärungsansätze, die eine Betrachtung des Verhältnisses sozialer Bewegungen zu staatlichen Institutionen sowie die Konstituierungsformen von Bewegungen selbst umfassen, ausdifferenziert.

3 Eine Auswertung der Unterscheidungen zwischen den westeuropäischen und den US-amerikanischen Traditionen der Forschung zu sozialen Bewegungen wurde bereits in den 1990er Jahren vorgelegt (Klandermans 1991; Rucht 1991; für aktuelle Studien siehe Rucht 2018; Fillieule/Accornero 2018). In Deutschland, wie Haunss (2018) betont, bemühen sich Wissenschaftler:innen weiterhin um Institutionalisierung des Feldes. Das *Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)* ist eine zentrale Anlaufstelle zur Vernetzung der Bewegungsforscher:innen und Sichtbarmachung ihrer Forschungsbeiträge und Beispiel solcher Initiativen. Charakteristisch für die Forschung zu sozialen Bewegungen hierzulande ist außerdem ihr Fokus auf Proteste (Rucht/Teune 2017). Siehe <https://protestinstitut.eu/> (Zugriff 5.03.2021).

4.1.1 Traditionelle Unterschiede, die nicht mehr unterscheiden: das Paradigma der neuen sozialen Bewegungen

Das Aufkommen der Ökologie-, Friedens- und neuen Frauenbewegung in den 1970er Jahren in Westeuropa hat die sozialwissenschaftliche Diskussion für breitere Herrschaftsformen jenseits der Arbeitsverhältnisse sensibilisiert (Kern 2008b: 11). Die Entwicklung der westeuropäischen Bewegungsforschung spiegelt die Debatten in den 1970er und 1980er Jahren über die Krise der wissenschaftlichen Narrative sowie der marxistischen Ansätze wider, die den Keim einer gesellschaftlichen Transformation in der Entwicklung revolutionärer Ereignisse suchten (Yon 2018: 62). Obgleich die Arbeiter:innenbewegung lange Zeit als soziale Bewegung *par excellence* galt und der Marxismus ihre »offizielle Theorie« war (ebd.: 54), hat der gesellschaftliche Wandel des Postfordismus in Europa neue Spannungen und Konfliktlinien offengelegt und mit sich den Raum zur Auseinandersetzung über alternative Begriffsbestimmungen hervorgebracht.⁴ Die damals *neuen* Akteur:innen der politischen Arena – Frauen, Pazifist:innen, Aktivist:innen gegen Atomkraftprojekte und andere – mobilisierten für gesellschaftliche Anliegen, die Problemlagen jenseits des industriellen Arbeitsraums aufzeigten (vgl. u.a. Hirsch/Roth 1986; Kolb 2007; Roth 1996; Rucht 1994; Offe 1985; Cohen 1985). Die Frage nach den gesellschaftlichen Strukturen, die das individuelle und kollektive Handeln beeinflussen, habe sich nicht mehr auf die Spaltung Arbeit *versus* Kapital reduzieren lassen, denn nur mit Berücksichtigung weiterer Herrschaftsverhältnisse seien die Anliegen, die

4 Für Thomas Kern zeigt die westeuropäische Bewegungsforschung ursprünglich eine Nähe zu marxistischen Theorien, die die Erklärung des sozialen Wandels und kollektiver Mobilisierungsprozesse auf eine politisch-ökonomische Perspektive zurückführten (Kern 2008b: 10). Trotz Bemühungen dieser Ansätze um Abgrenzung von den Theorien, die sich der Frage der Organisation in der Arbeitswelt widmeten, blieb der Dialog mit dem Marxismus in mehreren Forschungsansätzen bestehen. In der marxistischen Tradition der Regulationstheorie haben Joachim Hirsch und Roland Roth den Protagonismus neuer sozialer Bewegungen in ihre Analyse über den kapitalistischen Wandel in Folge der Ereignisse von 1968, der Erfahrungen der Nachkriegsgesellschaft und der Krise des Fordismus integriert (Hirsch/Roth 1986). Der Anstieg der Bürger:inneninitiativen und die Stärkung der politischen Partizipation mit kreativen Handlungsformen bedeuteten den Autoren zufolge eine Revitalisierung der politischen Arena und die Möglichkeit der Kopplung demokratischer Politikformen mit den traditionellen Kanälen der Parteipolitik. Dieser kritische materialistische Ansatz sah in den neuen sozialen Bewegungen das kreative Potenzial, um eine untätige Parteistruktur mit der Energie radikaler kollektiver Handlungen zu transformieren (Hirsch/Roth 1986: 169; dazu auch Roth 1996).

diese Akteur:innen in der öffentlichen Arena thematisierten und einforderten, zu ergründen gewesen (Buechler 1995: 449). Der Entstehung einer wissenschaftlichen Tradition zur Erforschung der damals sogenannten neuen sozialen Bewegungen (NSB) lag gerade diese entscheidende Kritik zugrunde.

Alain Touraine, einer der Wegbereiter dieser Tradition, plädierte zum Beispiel für die Einbeziehung von vielfältigen Identitätsperspektiven in die Erforschung sozialer Bewegungen (Touraine 1985: 780). Touraines Beitrag in diesem Kontext lag nach Dieter Rucht (2018: 487) in der Formierung eines Forschungsfeldes zur Analyse von kollektiven Identitäten, das sich einerseits von orthodox-marxistisch inspirierten Studien abgrenzte und sich andererseits auch mit kulturellen Aspekten kollektiver Handlungen auseinandersetzte. Auch Jürgen Habermas übernahm in den 1980er Jahren die Bezeichnung *neue soziale Bewegungen*, um die seiner Ansicht nach charakteristischen Antagonismen dieser Epoche zu analysieren, welche sich durch das Ringen um »die Grammatiken des Lebens« bzw. Kultur und Identität anstelle der Probleme der Distribution bzw. der Arbeit entfalteten (Habermas 1981: 33).

Ein Verständnis von sozialer Bewegung oder im Allgemeinen von Kollektivität, das über die individuelle Zuordnung zu einer Klasse hinausging, gewann mit der Etablierung der NSB-Debatte auch Raum in der westeuropäischen Forschung zur kollektiven Handlung (Accornero/Filieule 2018: 2). Sebastian Haunss bezeichnete den europäischen NSB-Ansatz als postmarxistisch, weil Autoren wie Touraine und auch Klaus Offe (1985) und Mario Melucci (1985) »an eine marxistisch inspirierte Gesellschaftstheorie anknüpfen«, selbst wenn »die Suche nach neuen antagonistischen Akteuren jenseits der Arbeiterklasse im Zentrum ihrer Analysen steht« (Haunss 2004: 25). Eine Unterscheidung zwischen Kämpfen der neuen sozialen Bewegungen und denen der Arbeiter:innenbewegung hat zur Entstehung der Forschung zu sozialen Bewegungen beigetragen. Ebenso ist festzuhalten, dass diese Unterscheidung analytisch zur Schärfung des Blicks auf die multiplen Bewegungskonstellationen historisch nachvollziehbar war. Jedoch begannen Bewegungsforscher:innen diese Trennung bereits in den 1990er Jahren in Frage zu stellen, indem sie konkrete Vernetzungspraktiken zwischen Bewegungen und zum Beispiel Gewerkschaften oder Arbeiter:innen identifizierten oder die Klassenkonstitution sozialer Bewegungen an sich zum Forschungsgestand machten (vgl. Isaac/Christiansen 2002; McAdam 1999).

Auch der Austausch zwischen Wissenschaftler:innen innerhalb Europas sowie die Gründung transnationaler und aktivistischer Forschungsnetzwerke in diesem Bereich führten zu einer erneuten Annäherung zwischen makrosoziologischen Ansätzen, ebenfalls aus dem postmarxistischen Spektrum, und empirisch orientierten Fallstudien, die die Identitätsspezifika sozialer Bewegungen analysieren (vgl. Arthur 2009; Berger/

Cornelissen 2019; Yon 2018). Ein solches Zusammenspiel hat andere Traditionen der Forschung zu sozialen Bewegungen, wie zum Beispiel in Lateinamerika, bereits längst geprägt (für einen Überblick siehe Bringel 2019, 2012; Bringel/Falero 2014; Vestena 2017). Über lange Zeit charakterisierte dieses Feld sowie den NSB-Ansatz in Europa eine Art von »Bewegungszentrismus«, wie Rucht (2018: 480) es nennt: Die Fokussierung auf die internen Bewegungspraktiken und -identitäten ginge mit einer Unterbelichtung der breiteren Netzwerke und weiteren kollektiven oder institutionellen Akteure einher, die ebenfalls eine aktive Rolle zur Unterstützung und zum Fortschritt der politisch kollektiven Anliegen spielten. Kurzum: Der empirische Blick auf die Praktiken der Bewegungen habe einen analytisch relevanten Mehrwert, lasse aber, wie Rucht erläutert, Machtdynamiken und die politischen Interaktionsformen mit weiteren strategischen Akteursgruppen, die in andere kollektive Mobilsierungsprozesse involviert sind, außer Acht (ebd.).

Die Verwendung des Begriffs *neue soziale Bewegungen* zur Betonung des politischen Potenzials neuer Bewegungssubjekte einerseits und zur Unterscheidung von den Arbeiter:innenkämpfen andererseits hat mittlerweile an analytischer Schärfe verloren (Peterson et al. 2015: 297). Die Ausdifferenzierung der Kämpfe sozialer Bewegungen, wie für globale Gerechtigkeit, gegen die Austeritätspolitik oder gegen rassistische, misogynie und xenophobische Gewaltformen, bringt neue Einblicke in Forderungen und Praktiken kollektiver Akteurskonstellationen mit sich, die auch zur Erweiterung des Begriffskatalogs in diesem Forschungsfeld beigetragen haben (vgl. Freeland 2009; Rodrigues/Prado 2013; Shukra et al. 2004). Angesichts von Handlungsrepertoires und Praktiken, wie das antihierarchische, auf digitale Technologien angewiesene und auf einem fluiden Verständnis von Identität basierende Verhalten neuer kollektiver Akteur:innen, haben Wissenschaftler:innen die Verwendung des Konzepts der »*neuen neuen*« sozialen Bewegungen vorgeschlagen (Yon 2018: 63; Lorey 2012b: 44; siehe dazu Fadaee 2015; Felicetti/della Porta 2018). Das Konzept enthält Elemente des originären NSB-Verständnisses, indem die multiplen, von den Bewegungen bekämpften Herrschaftsformen wahrgenommen werden, beleuchtet aber weitere Dimensionen gegenwärtiger Praktiken kollektiver Akteursgruppen.

Der Arbeitsbegriff »*neue neue*« soziale Bewegungen betrachtet eben-gleich die individuellen Erfahrungen der Akteur:innen sowie die teilweise konfliktiven politischen Projekte, die sich unterhalb einer Bewegung vereinigen, um einen neuen Akzent auf den kontingenten Charakter dieser aktuellen Bewegungskonstellationen einzuführen (Felicetti/della Porta 2018: 668). In den nächsten Kapiteln der Arbeit und insbesondere im siebten Kapitel wird gerade am Beispiel der Kämpfe gegen die Austeritätspolitik in Portugal eine solche Bewegungskonstellation analysiert. Hierbei betone ich die Herausforderungen der Bewegungsforschung,

sich stetig mit neuen Handlungsrepertoires kollektiver Akteur:innen auseinanderzusetzen und dieser Vielfältigkeit in der Forschung Rechnung zu tragen. Die Entwicklung konkreter Werkzeuge zur Erforschung von Bewegungspraktiken und ihr Einfluss auf politische Prozesse war und ist bis heute ein Beitrag der US-amerikanischen Tradition, die weltweit und auch im deutschsprachigen Raum in zahlreichen Forschungsvorhaben rezipiert wird.

4.1.2 Die Werkzeugkiste der Bewegungsforschung und die Beschreibung der Bewegungspraktiken

Zur Aufarbeitung von gesellschaftlichen Antagonismen der Kriegs- und Nachkriegszeit nahmen massenpsychologische Ansätze in den 1960er Jahren Ängste und Affekte in den Blick und erklärten das Scheinlassen von Individuen und Gruppen auf eine Massenbewegung mit Rekurs auf ihre persönlichen Gefühle. Dabei haben sie die Rationalität der kollektiven Handlung verkannt und beschrieben kollektive Mobilisierung im Rahmen dieser Tradition als ein irrationales und dysfunktionales Verhalten (Kern 2008b: 10).⁵ Die Theorie der relativen Deprivation,⁶ die dem kollektiven Handeln ebenfalls einen dysfunktionalen Charakter unterstellte, wurde ab den 1970er Jahren durch neue Paradigmen ersetzt. In deutlicher Abgrenzung dazu entwickelte sich die US-amerikanische Bewegungsforschung weiter, der es darum ging, ein Bewegungsverständnis zu überwinden, welches das kollektive Handeln als pathologische Verknüpfung zwischen Individualität und Massendynamiken interpretierte.

Wie Doug McAdam (1999: 21f.) die damalige Debatte zur Gründung dieser neuen Forschungsströmungen beschreibt, befassten sie sich mit den internen Bewegungsdynamiken sowie ihren politischen Dimensionen, um somit die künstliche Unterscheidung zwischen den durch die Forschung als irrational bezeichneten kollektiven Akteur:innen und den

- 5 Wie Rucht (2018: 457) und Tarrow (2012: 8) betonen, sind die Arbeiten von Gustave Le Bon, Gabriel Tarde und Scipio Sighale historische Referenzen des massenpsychologischen Ansatzes (vgl. Le Bon 2009 [1895]; Tarde 1898; Sighale 2018 [1891]).
- 6 Bewegungen wurden lange Zeit als Sammlung individueller Akteur:innen verstanden, die lediglich auf gesellschaftliche Ungleichheiten oder flankierende Problemlagen reagieren. *Collective behaviour* stellte für die Theorie der relativen Deprivation abnormale Praktiken in Reaktion auf gesellschaftliche Abgrenzung, Belastung und Störung dar. Aktuell greifen Wissenschaftler:innen erneut auf Aspekte dieser Theorie zurück, um im Rahmen der Forschung zu rechten Gruppierungen die Assoziation von Individuen zu rechtsextremen oder rassistischen Tendenzen zu ergründen (vgl. Caiani/Borri 2018).

rational organisierten Institutionen zu durchbrechen. Die US-amerikanische Bewegungsforschung setzte sich daher ursprünglich mit kollektiven Mobilisierungen als politischem und rationalem Prozess auseinander. Laut Klandermans und Roggeband (2017: 20) leiteten Ansätze wie die Ressourcenmobilisierung, der Framing-Ansatz und das Konzept der politischen Gelegenheitsstrukturen eine Verschiebung ein. Seitdem untersuchen die Forschungsarbeiten nicht nur strukturelle Entstehungsursachen, sondern fragen auch nach den Bedingungen und Ressourcen für die kollektive Handlung sozialer Bewegungen. Im Rahmen dieser Tradition haben die Forschungsperspektiven unterschiedliche Dimensionen des kollektiven Handelns adressiert. Jedes Paradigma entwickelte sich in Abgrenzung zu den anderen, indem jeder Ansatz sich bemühte, die bestehenden Forschungslücken des vorherigen mit Ergänzung eines neuen Gesichtspunkts zu schließen (McAdam 1999: 37). Heute dominiert das Paradigma der *contentious politics*, das einerseits über den *behaviouristischen* Ausgangspunkt der US-amerikanischen Bewegungsforschung hinaus verschiedene kollektiven Organisationsformen betrachtet. Andererseits bietet dieser Ansatz auch eine Orientierung für Untersuchungsprojekte jenseits der Bewegungsforschung selbst, wie am Beispiel der Konfliktforschung, der internationalen politischen Ökonomie und der Staatsanalyse deutlich wird (vgl. u.a. McAdam et al. 1996; Eder 2005; McAdam/Tarrow 2010; Bailey 2015; Huke et al. 2015; Sorg 2018; Sydique 2020).

Die vier charakteristischen Paradigmen der Bewegungsforschung – die Ressourcenmobilisierung, der Framing-Ansatz, die Analyse der Gelegenheitsstrukturen und die Tradition der *contentious politics* – teilen einen analytisch treffenden Blick auf die Fragestellung der Arbeit, da sie über die Bedingungen der Interaktionsprozesse von sozialen Bewegungen und Institutionen aus der Perspektive der kollektiven Akteurskonstellationen reflektieren. Im Folgenden widme ich mich jeder der vier Forschungslinien in Anbetracht ihrer Beiträge und analytischen Grenzen.

4.2 Der Ressourcenmobilisierungsansatz: Beiträge und Grenzen

Ausgangspunkt für die Entwicklung des Ressourcenmobilisierungsansatzes (RMA) war die Feststellung, dass die individuelle Wahrnehmung sozialer Missstände nicht zwangsläufig zu kollektiven Organisationsformen oder Protest führt. John D. McCarthy und Mayer N. Zald haben hingegen herausgearbeitet, dass die kollektive Vernetzung von Individuen mit einem Kollektiv nur geschehe, wenn eine Akteursgruppe über die notwendigen Ressourcen für die kollektive Mobilisierung verfüge

oder auf bereits bestehende Netzwerke zugreifen könne (McCarthy/Zald 1977: 1214). In dieser Hinsicht bildet sich dieses Paradigma in Abgrenzung von den oben genannten massenpsychologischen Ansätzen heraus, die gesellschaftliche Voraussetzungen für die Organisation kollektiver Subjekte auf der Ebene des Individuums verorteten (für einen Überblick vgl. Kern 2008: 112ff.). Dieser Ansatz setzte sich ebenfalls kritisch mit marxistisch inspirierten Ansätzen auseinander, die das Engagement von Individuen in Protesten durch ihre ideologische Zuordnung rechtfertigten (McCarthy/Zald 1977: 1214f.). Die Bereitstellung von Ressourcen und die Unterstützung durch bereits bestehende Bewegungen sowie andere gesellschaftliche Akteure, wie zum Beispiel Eliten oder parteipolitische Verbündete, ist McCarthy und Zald zufolge grundlegend für einen kollektiven Mobilisierungsprozess (ebd.: 1214f.).

Ausgehend von dieser Prämisse analysiert der RMA die Dynamiken, Taktiken und Strategien sozialer Bewegungen. Die kollektive Mobilisierung wird weder als Reaktion auf Deprivation noch als Befolgerung einer Ideologie, sondern als aktiver Prozess zur Gewinnung neuer Mitglieder, zum Aufbau von Vernetzungs- und Unterstützungsstrukturen und zur Interaktion mit anderen institutionellen Akteuren aufgefasst (ebd.: 1213). Doug McAdam fasst den Kern des Ansatzes wie folgt zusammen:

»Quite simply, social movements would appear to be collective phenomena arising first among those segments of the aggrieved population that are sufficiently organized and possessed of the resources needed to sustain a protest campaign. Isolated individuals do not emerge, band together, and form movement groups. Rather, as numerous studies attest, it is within established interactional networks that social movements develop« (McAdam 1999: 15).

Dass Unzufriedenheit in jeder Gesellschaft konstant ist, führt längst nicht dazu, dass soziale Bewegungen sich kollektiv organisieren. Erst wenn »unorganized but aggrieved groups« auf Ressourcen zugreifen können, ist es ihnen möglich, sich für soziale Veränderung einzusetzen (ebd.: 20). Als Ressourcen haben die Vertreter des RMA zunächst den Erwerb finanzieller Mittel aufgefasst (McCarthy/Zald 1977: 1216). In weiterführenden Forschungen wurden andere Aspekte zu einer langen Liste ergänzt, die mit der Professionalisierung und Rekrutierung von Aktivist:innen beginnt, aber auch Ressourcen wie Erfahrung, Zeit, Glaubwürdigkeit, Kommunikationsfähigkeiten oder Wissen für die Durchsetzung erfolgreicher Strategien durch die Bewegungen umfasst (ebd.: 1225–1232).

Auch rechtliche Ressourcen wurden in mehreren Arbeiten berücksichtigt, insbesondere in Anbetracht der rechtlichen Strategien der Bürger:innenrechtsbewegung (vgl. Barkan 1984; Turk 1976; Tushnet 1984; Polletta 2000; Merry 2014). Die Studien nahmen vor allem Bezug auf die Konstituierung von Unterstützungsnetzwerken, die sich um

die Zusammensetzung der notwendigen Bedingungen für die Führung von Rechtsklagen einsetzen, anstelle für die Anwendung radikaler Strategien zu plädieren (Tushnet 2005: 37), wie im vorherigen Kapitel bereits aufgeführt. Diese Studien bedienen sich des Begriffs »Rechtsmobilisierung«, um – im Einklang mit dem eigenen Konzept der »Ressourcenmobilisierung« – auf eine Konzeption des Rechts als Instrument bzw. Ressource zu verweisen (vgl. u.a. Tushnet 2005; Polletta 2000, 2012). Die bewegungsorientierten und rechtssoziologischen Forschungen, die sich der Frage des Rechts als Ressource widmen, treten aber nur wenig miteinander in den Dialog. Während der RMA auf eine juridische Dimension der Ressourcen verweist, die strategisch produktiv für Bewegungen sein kann (vgl. Polletta 2012; Tushnet 2005), bezieht sich die rechtssociologische Forschung vielmehr auf die rechtlichen und außerrechtlichen notwendigen Schritte für die Klageerhebung und -führung (vgl. Fuchs 2019; Kocher 2013).

Zusammenfassend gesagt leistet der RMA auf vierfache Weise einen Beitrag für die Bewegungsforschung. Zum einen betont er den politischen Charakter der kollektiven Handlung (McAdam et al. 1996a: 23), die zweitens auch unabhängig von ihrem Institutionalisierungsgrad wahrgenommen wird. Forschungen in dieser Tradition plädieren für eine Betrachtung auch der früheren Organisationsphasen, in denen die Akteur:innen zuerst zu den Mitteln für ihre Mobilisierung kommen und stufen diese als genauso relevant wie die späteren Phasen des Protests ein. Der RMA berücksichtigt drittens nicht nur die Bewegungen, sondern auch ihre externen unterstützenden Akteur:innen und beleuchtet Allianzen und Vernetzungsprozesse über die einzelnen Bewegungen hinaus. Dabei deutet dieser Ansatz viertens auf die Notwendigkeit einer Kontextualisierung der institutionellen und soziopolitischen Situation, die die wirtschaftliche Konjunktur mitberücksichtigt, hin, in der kollektive Akteur:innen ihre Forderungen unterbreiten (McAdam 1999: 25).

Jedoch beschränkt sich der RMA, wie seine Kritiker:innen im Hinblick auf diesen letzten Aspekt betonen, auf die Beschreibung des strategischen Handelns für die Akkumulierung von Ressourcen (della Porta/Diani 2006: 14ff.). McCarthy und Zald haben den RMA allerdings von Anfang an als »partielle Theorie« bezeichnet, denn dieser sollte den zentralen Aspekt in Bezug auf die Ressourcen für das kollektive Handeln in die Debatte aufnehmen, aber nicht zwangsläufig all die gesellschaftlichen Dimensionen des Kontexts rund um die kollektive Mobilisierung herausarbeiten (McCarthy/Zald 1977: 1218). Die politische Struktur sollte beispielweise als konstant wahrgenommen werden: Sebastian Haunss zufolge beansprucht der RMA, dass die strukturellen Bedingungen für die kollektive Handlung immer vorhanden sind, nämlich als zugrunde liegender pluralistischer und demokratischer Raum, in den die Ereignisse politischer Bewegungen inkorporiert werden könnten (Haunss 2004:

34f.). Aufgrund seines geringeren Potenzials, die kollektiven Strategien in den gesellschaftlichen Kontext einzubetten, wurde dieser Ansatz durch andere Interpretationen der Bewegungsforschung ergänzt. Der Ressourcenmobilisierungsansatz⁷ zeigt den Zusammenhang zwischen Verfügbarkeit von Ressourcen und der gezielten Handlung kollektiver Akteur:innen als notwendige Bedingung für ein Entstehen sozialer Bewegungen auf. Abseits seiner Limitierungen ist der RMA allerdings bis heute relevant, denn mehrere Erklärungsansätze unterschiedlicher Disziplinen greifen das Ressourcenkonzept auf, um mit gewissen Nuancen die Mobilisierungskapazitäten kollektiver Akteur:innen, seien dies soziale Bewegungen, Parteien oder Gewerkschaften, einzuschätzen.

4.3 Politische Gelegenheitsstrukturen: kontextuelle Einflussdynamiken auf die kollektive Mobilisierung

Die Erforschung der politischen Strukturen, die jenseits des Zugangs zu Ressourcen kollektives Handeln beeinflussen, knüpft an die Lücken des RMA an (Kern 2008a: 152ff.). Dieser Ansatz stützt sich auf die Prämisse, dass spezifische Strukturen und Anreize (*incentives*) zur Bildung sozialer Bewegungen beitragen (Tarrow 1996: 42). Sydney Tarrow definiert »politische Gelegenheitsstrukturen« (*political opportunity structures, POS*) als »consistent – but not necessarily formal, permanent, or national – signals to social or political actors which either encourage or discourage them to use their internal resources to form social movements« (ebd.: 54).⁸ Soziale Bewegungen formieren sich diesem Ansatz zufolge

- 7 Andere politologische Ansätze greifen auf die Analyse von Ressourcen zurück, um darauf basierend die Organisationskapazitäten von kollektiven Akteur:innen, insbesondere Gewerkschaften, zu erforschen. Der deutsche praxisorientierte Ansatz der Machtressourcen ist aktuell eines der herrschenden Paradigmen der Forschung im Bereich der industriellen Beziehungen (Schmalz et al. 2018: 113). Dieser Ansatz konzentriert sich auf vier Machtressourcen, nämlich die strukturelle Macht, die Organisationsmacht, die institutionelle Macht und die gesellschaftliche Macht (Arbeitskreis Strategic Unionism 2013: 284ff.). Knapp zusammengefasst, fragt der Ansatz nach den Mitteln und Fähigkeiten, auf die Arbeiter:innen zugreifen können, um sich überhaupt kollektiv zu organisieren und daran anschließend erfolgreiche Strategien im Rahmen von Arbeitskämpfen durchzuführen (ebd.: 284). Für einen Überblick über Arbeiten im Rahmen dieses Ansatzes sowie kritische Auswertungen siehe auch Urban 2010; Dörre 2017; Gallas 2018; Ford/Gillan 2021.
- 8 Die Politikwissenschaft hat den Ansatz der Gelegenheitsstrukturen auch zur Analyse von gesellschaftlichen Spannungsverhältnissen und parteipolitischen Präferenzen angewendet. Arbeiten in diesem Bereich untersuchen

in Reaktion auf staatliche Politiken, wie zum Beispiel zur Verteilung sozialer Leistungen (*policy-specific POS*), auf strukturelle Änderungen auf der staatlichen Ebene, wie im gesetzlichen oder institutionellen Rahmen (*state-centered POS*), und letztlich auch auf die Handlung anderer sozialer Gruppen, wie Unterstützungsnetzwerke oder Gegner:innen der Bewegung selbst (*group-specific POS*) (ebd.: 43).

Beispielhaft für diesen Ansatz ist die Arbeit Doug McAdams über die Bürger:innenrechtsbewegung in den USA, *Political Process and the Development of Black Insurgency, 1930-1970* (1999), in der er in sein Analysemodell zur politischen Mobilisierung den wirtschaftlichen Kontext sowie den institutionellen und gesetzlichen Rahmen einbezog (McAdam 1999: 10ff.). Er ging in seiner Studie der übergreifenden Frage nach, wie soziale Bewegungen auch auf externe Ressourcen jenseits ihrer eigenen zugreifen. In seiner Fallstudie zeigte er auf, wie neue Gesetze zur Regulierung des Arbeitsmarkts im Norden der USA und die darauffolgende Integration afroamerikanischer Arbeiter:innen in den Arbeitsmarkt politische Chancen für die Organisierung dieser Akteur:innen eröffnet haben (ebd.: 65ff.). Er stellte fest, dass diese Veränderungen die Kosten für kollektives Handeln minderten, weil sich potenzielle Verbündete und weitere Netzwerke kollektiver Akteur:innen, wie zum Beispiel Politiker:innen und Jurist:innen, hinter den gemeinsamen Anliegen der Bürger:innenrechtsbewegung vereinigt hatten. Seine Schlussfolgerung war, dass sowohl die Veränderung der Gesetzeslage als auch des Verhaltens von Eliten und repressiven Staatsapparaten eine maßgebende Rolle in dem breiten politischen Mobilisierungsprozess in den USA spielten, den McAdam als *Black Insurgency* bezeichnet (ebd.: 33).

McAdams Untersuchung ist paradigmatisch für die Begründung der Forschungstradition zu Gelegenheitsstrukturen, denn sie verbindet die meso- und makropolitischen Kontexte sowie die Praktiken sozialer Bewegungen, die ebenso auf Institutionen zurückwirken. In einer weiteren, durch die POS-Perspektive geprägten konzeptuellen Arbeit, die sich auf Fallstudien zu feministischen und ökologischen Bewegungen in Westeuropa und den USA bezog, entwickelte Sidney Tarrow eine Operationalisierungsmatrix für empirisch quantitative Forschungen, die die Auswirkungen von strukturellen Änderungen auf Proteste und Prozesse des staatlichen Wandels untersuchen (Tarrow 1996: 43). Für Tarrow reagieren soziale Bewegungen nicht nur auf Momente der politischen Veränderung, sondern sie schaffen durch ihre Handlungen selbst neue

politisch-ideologische Übereinstimmungen von Wähler:innen mit politischen Parteien entlang zentraler gesellschaftlicher Spaltungslinien, wie zum Beispiel Arbeit/Kapitel, Religion/Säkularismus, Stadt/Land, Traditionalismus/Modernisierung (vgl. Lipset/Rokkan 1967; Schmitt-Beck 2007; Eith/Merz 2002; Eith/Mielke 2017).

Gelegenheitsfenster: »[U]nlike conventional forms of participation, collective action has the unusual property that it can demonstrate to others the possibilities of collective action and offer even resource-poor groups opportunities that are not predictable from their structural position« (ebd.: 58). Der POS-Ansatz leistet demnach seinen Beitrag, indem mit seinem Operationalisierungsvorschlag die internen Merkmale der Bewegungen in unterschiedlichen kulturellen Kontexten, die Besonderheiten politischer Regime sowie das Zusammenspiel zwischen lokalen und supranationalen Ebenen der Mobilisierung in die Analyse kollektiver und transformatorischer Prozesse miteinbezogen werden. Protestzyklen werden sowohl im Hinblick auf ihre Verwobenheit in verschiedenen Lokalitäten als auch in unterschiedlichen Phasen der eigenen Mobilisierung erforscht (ebd.: 52).

Auch wenn der POS-Ansatz für die Erforschung der Entstehung sozialer Bewegungen im nationalstaatlichen Kontext entstanden ist, nutzen vergleichende Studien diesen, um Transnationalisierungsprozesse sozialer Bewegungen zu analysieren (Baumgarten 2014: 103; Laubenthal 2007: 138). Studien unter dem POS-Paradigma wurden ab den 1980er Jahren von der Ausbreitung transnationaler Proteste, wie zum Beispiel der feministischen, ökologischen und pazifistischen Bewegung, inspiriert. Diese analysieren, wie unterschiedliche staatliche Regime in der Lage sind, soziale Forderungen aufzunehmen und diese in ihre eigenen Formierungsprozesse zu integrieren (Tarrow 1996: 45). Dass soziale Bewegungen je nach Konjunktur einen hohen oder schwachen Organisierungsgrad aufweisen und dass sich ihre Mobilisierungskapazitäten auch aufgrund struktureller und institutioneller Bedingungen ändern, kann der Ansatz der politischen Gelegenheitsstrukturen sichtbar machen. Besondere Aufmerksamkeit haben Gelegenheitsstrukturen hinsichtlich des Staats oder veränderter Elitestrukturen erhalten: Die Verfügbarkeit einflussreicher Verbündeter sowie Spaltungen unter Gegner:innen der Bewegung, wie staatlichen Akteuren oder Eliten, sind besondere politische Gelegenheiten, die als »mobilisierungsfördernde Signale« gelten. Sie zeigen ebenfalls eine akteur:innenspezifische Dimension der politischen Gelegenheitsstrukturen auf (Laubenthal 2007: 30), wie Tarrow betont: »[M]obilization into social movements varies as opportunities for collective action open and close, allies appear and disappear, political alignments shift, and elites divide and cohere« (Tarrow 1996: 54). Im Sinne dieser steten Verschiebungen und ihrer selbstkonstituierenden Kapazität sind soziale Bewegungen für Tarrow vor allem als »bewegte Ziele« zu verstehen (ebd.: 61).

Auch rechtliche Gelegenheitsstrukturen werden in der Kategorie der *state-specific opportunities* erfasst, wie zum Beispiel bei Änderungen der gesetzlichen Lage oder der Auslegung von Normen zum Vorteil von Bewegungen (ebd.: 44). Eine rechtliche Argumentation, die die Forderungen sozialer Bewegungen unterstützt, kann dabei helfen, Akzeptanz

durch strittige Herausforder:innen zu erreichen, oder Kritiken zu mildern (ebd.: 55). Auf diesem Ansatzpunkt basierend hat sich eine eigene Forschungslinie herausgebildet, der Ansatz der *legal opportunity structures* (LOS). Diese Forschungen analysieren insbesondere die Bestrebungen sozialer Bewegungen nach Legitimation und kollektiver Unterstützung, indem sie auf den universalen Charakter der Rechtssprache zurückgreifen, um ihre Anliegen in der öffentlichen Sphäre sowie vor Gerichten zu vertreten. Mit Hinblick auf die strategische Führung von Rechtsklagen kombiniert der LOS-Ansatz die Analyse kollektiven Handelns mit der Beobachtung des Verfahrenablaufs in der juridischen Arena (für einen Überblick siehe Andersen 2005; Conant et al. 2018; Vanhalta 2012, 2009).

In einer Studie über das *gay rights movement* in den USA rekonstruiert Ellen Ann Andersen zum Beispiel die Geschichte des *Lambda Legal Defense and Education Fund*⁹ in New York, eines rechtlichen Fonds, der seit den 1970er Jahren die strategische Prozessführung von Rechtsklagen für LGBTQ+-Personen ermöglicht (Andersen 2005: 3). Der Aufbau des Fonds sowie die Konstituierung eines juridisch-aktivistischen Netzwerkes in Zusammenarbeit mit der *American Civil Liberties Union* (ACLU)¹⁰ waren Andersens Ansicht nach vorteilhafte rechtliche Gelegenheitsstrukturen für die Bewegung. Der Zugang zum Recht, die Machtkonfiguration im politischen Kontext und die Allianzen zwischen engagierten Rechtsanwält:innen und der Bewegung führten dazu, dass mit Rekurs auf Rechtsmittel mehrere Rechte der Aktivist:innen garantiert wurden, wie zum Beispiel die Abschaffung diskriminierender Gesetze

- 9 Inspiriert durch die Erfahrung von anderen rechtlichen Netzwerken zu strategischer Prozessführung wurde 1973 der *Lambda Legal Defense and Education Fund* gegründet, mit dem Ziel, die »komplette Gleichheit für lesbische und schwule Menschen zu erreichen«. Der Fonds kombiniert juridische Pro-bono-Tätigkeiten mit öffentlichkeitswirksamer Arbeit zur Unterstützung diverser Anliegen von LGBTQ+-Personen und -Gruppen. Für weitere Informationen über die Organisation und bereits abgeschlossene erfolgreiche Rechtsverfahren siehe <https://www.lambdalegal.org/about-us/history> (Zugriff 5.03.2021).
- 10 Die Geschichte der ACLU geht auf die 1920er Jahre zurück und ist durch eine Reihe von strategischen rechtlichen Aktionen und Verfahren zur Verwirklichung der Grundprinzipien, die der US-amerikanischen Rechtsordnung zugrunde liegen, gekennzeichnet. In den 1950er Jahren arbeitete die ACLU zum Beispiel mit dem NAACP zusammen, um die rassistische Segregation vor Gericht herauszufordern. Bis heute ist die Institution eine Referenz bei der Unterstützung und direkten Austragung von Rechtskämpfen zu Themen wie rassistischer Gewalt, reproduktiven Rechten, Migration, Menschenrechten und vielen anderen. Siehe <https://www.aclu.org/> (Zugriff 5.03.2021).

gegen LGTBQ+-Personen, die Garantie von Datenschutz während HIV-Behandlungen und auch Verfahren, die das Recht auf Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare in verschiedenen Staaten ermöglicht haben (ebd.: 197). Anstatt die Entstehung sozialer Bewegungen als reine Reaktion auf staatliche Gewalt zu reduzieren und eine problematische Gleichsetzung von Recht und Repression zu reproduzieren (Tarrow 1996: 44), arbeiten die Studien im Anschluss an den LOS-Ansatz die Potenziale rechtlicher Gelegenheitsstrukturen für die Unterstützung erfolgreicher Mobilisierungen heraus (vgl. De Fazio 2012; Kitschelt 1999; Kolb 2007). Dennoch wird jede Dimension der Gelegenheitsstrukturen an ihren Effekten auf die Erfolge der rechtlichen Mobilisierung gemessen, während weitere kontextuelle Faktoren, wie der politische oder der ökonomische Kontext, unter ihrer Relevanz für die rechtliche Strategie subsumiert werden (Andersen 2005: 203ff.).

Allgemein heben Arbeiten zu politischen Gelegenheitsstrukturen das Verhältnis sozialer Bewegungen zu institutionellen Verschiebungen hervor; spezifisch befassen sich die Forschungen unter dem LOS-Ansatz mit gesetzlichen und juridisch-institutionellen Veränderungen. Beide Ansätze vertreten dabei aber eine statische und uniforme Sichtweise sowohl auf den Staat und das Recht als auch auf die Bewegungen. Sie erforschen die staatlich institutionalisierten Prozesse, die Auswirkungen der positiven Norm oder der offiziellen Rechtsauslegung sowie die Effekte politischer Entscheidungen aus dem Parlament gegenüber den konkreten Praktiken sozialer Bewegungen. Die Reichweite der staatlichen Reaktion gilt in der Regel als Maßstab für die Beurteilung des Erfolgs oder Scheiterns einer Bewegungsstrategie (vgl. Case/Givens 2010; Vanhala 2012). Auch wenn die Ansätze zur Analyse politischer und rechtlicher Gelegenheitsstrukturen Anschlusspunkte für die Untersuchung des Verhältnisses zwischen staatlichen Institutionen und Bewegungen anbieten, können sie aufgrund ihres Staatszentrismus nicht all die Dimensionen des Protestzyklus und der Formation sozialer Bewegungen ergründen. Angesichts dessen plädieren Vertreter:innen des POS-Ansatzes selbst für eine Kombination mit anderen Ansätzen wie der Ressourcenmobilisierung und der Betrachtung von diskursiven Dimensionen kollektiven Handelns (vgl. McAdam 1999; Laubenthal 2007; McAdam/Tarrow 2019).

4.4 Aus den politischen Strukturen in die Diskurse: der Framing-Ansatz

Aus der Kritik an den Grenzen des POS-Ansatzes entwickelten sich Forschungslinien, die auch Diskurse und Prozesse der Deutungssetzung als zentrale Bestandteile von Bewegungsstrategien analysieren, wie der

Framing-Ansatz und die Varianten *Discursive Opportunity Structures* (DOS) oder die *Discursive Fields* (DF) (vgl. Goffman 1974; Goffman/Berger 1986; Benford/Snow 1988, 2000; Krams 2019). Arbeiten aus diesem Bereich argumentieren, dass kollektive Interpretationen und Diskurse die Forderungen sozialer Bewegungen anschlussfähig für andere soziale Gruppen machen (vgl. Benford/Snow 2000; Leachman 2013; Miceli 2005). Forschungen unter diesem Paradigma untersuchen außerdem, wie Bewegungen relevante Themen auf die politische Agenda setzen, die eine Verbindung zwischen einer kritischen Betrachtung bestehender soziopolitischer Lagen und ihren Lösungsvorstellungen herstellen (Baumgarten et al. 2014: 2; Berclaz/Giugni 2005: 17). Diskursive Ansatzpunkte herauszuarbeiten, lässt sich als strategische Handlungsform sozialer Bewegungen bezeichnen, die in die institutionelle Dynamik hinein- und zugleich über sie hinausgeht (Tarrow 2011, 2012).

In dieser Hinsicht setzt auch der Framing-Ansatz – im Gegensatz zu ressourcen- und strukturorientierten Ansätzen – an der diskursiven und kommunikativen Dimension von Mobilisierung und Identitätsbildung kollektiver Akteur:innen an (Snow et al. 2019b: 395). Grundannahme dieses Ansatzes ist es, dass soziale Bewegungen Deutungen über die Welt hervorbringen und diese diskursiven Schemata und Interpretationsangebote – die sogenannten *Frames* – anderen kollektiven Gruppen zur Verfügung stellen (Laubenthal 2007: 38). David A. Snow und Robert D. Benford heben als Begründer des Ansatzes die Notwendigkeit, diese diskursiven Aspekte zu untersuchen, wie folgt hervor:

»We use the verb framing to conceptualize this signifying work precisely because this is what social movements do. They frame or assign meaning to and interpret relevant events and conditions in ways that are intended to mobilize potential adherents and constituents, to garner bystander support, and to demobilize antagonists« (Snow/Benford 1988: 198).

Im Unterschied zu den vorherigen Ansätzen fokussieren Snow und Benford auf die Rolle von Ideologie für die Formierung kollektiver Gruppen. Für die Autoren ist Ideologie die Quelle von »umfassenden Deutungssystemen«, auf die Bewegungen zurückgreifen und auf denen basierend sie ihre eigenen Interpretationsangebote über soziale Problemlagen artikulieren (Benford/Snow 2000: 58f.). Kollektive Akteur:innen können bei der Artikulation von Frames Ungerechtigkeitsgefühl, Empörung und Unzufriedenheit mit individuellen Affekten verbinden und somit die Anziehungskraft für ihre eigenen Forderungen stärken. Besonders strategisch ist es, wenn ein Verständnis von Ungerechtigkeit hinsichtlich bestehender politischer oder rechtlicher Strukturen uminterpretiert und im Anschluss nach außen kommuniziert werden kann (Tarrow 2011: 25).

Frames verbinden eine emotionale Dimension der strukturellen Deprivation mit der Möglichkeit, diese nach sozialen bekannten Mustern zu

äußern und für andere Gruppen nachvollziehbar zu machen (McCammon et al. 2007: 731).¹¹ Wie Benford und Snow betonen: »From this vantage point, mobilizing grievances are seen neither as naturally occurring sentiments nor as arising automatically from specifiable material conditions, but as the result of interactively-based interpretation or signifying work« (Snow et al. 2019b: 393). Soziale Bewegungen können ihre Anhänger:innen erst erreichen, wenn sie in der Lage sind, überzeugend »Sachverhalte zu erklären, Kritik zu fundieren und Forderungen zu legitimieren« (Neidhardt/Rucht 1993: 308). Deutungssetzung gehört zum typischen Repertoire von Bewegungen, denn kollektive Akteur:innen sind stetig mit der Herausforderung konfrontiert, ihre Forderungen für potenzielle Unterstützer:innen nachvollzierbar machen zu müssen, um die Erfolgsschancen ihrer Mobilisierung zu steigern (Tarrow 2011: 26).

Der Framing-Ansatz unterscheidet vier Faktoren, wie Frames Resonanz finden können. Zunächst spielen die Stärke, Vollständigkeit und Gründlichkeit des Frames selbst eine Rolle. Beispielsweise, ob eine Bewegung in der Lage ist, eine realistische Diagnose sowie motivierende Prognosen über den Verlauf eines Mobilisierungsprozesses anzubieten (Snow/Benford 1988: 204). Ein zweiter Faktor bezieht sich auf die Anziehungskraft und Passgenauigkeit eines Frames. Damit ein Frame Widerhall finden kann, sollte die Problemdiagnose an die Überzeugung und die Werte derer anschließen, an die er adressiert ist. Koalitionen zwischen sozialen Bewegungen, die auf Basis von einer Verkopplung von Frames erfolgen, bezeichnen Snow und Benford als *framing alignment* oder *frame bridging* (Snow et al. 2019b: 400). Ein dritter Faktor beschäftigt sich damit, inwiefern ein Frame Relevanz für die Lebenswelt der Anhänger:innen der Bewegung selbst hat und daher die Formierungsprozesse und die Identitätsbildung sozialer Bewegungen beeinflusst (Snow/Benford 1988: 198). Und viertens sollen Interpretationen und Deutungsschemata vertrauenswürdig und verhältnismäßig für die eigenen Bewegungsmitglieder erscheinen sowie an ihren eigenen Erfahrungen anknüpfen (ebd.: 199).

Auf diese Weise werden im Verlauf von Protestzyklen neue Deutungen formuliert und erprobt. Diese gelten nicht nur als Erfahrung für die Aktivist:innen, sondern auch als neue Interpretationen über die Art und Weise des eigenen kollektiven Handelns. Resonanzfähige Frames prägen Mobilisierungsprozesse, indem sie das Potenzial bergen, die

¹¹ Sowohl empirische als auch theoretische Arbeiten widmen sich der Analyse von Deutungsmustern nicht nur bei sozialen Bewegungen, sondern auch bei anderen politischen Akteuren, wie zum Beispiel Parteien, Verbänden und Regierungen. Die breitere Rezeption des Framing-Ansatzes reicht von Forschungen über einzelne Akteure – politische Vertreter:innen und Persönlichkeiten – bis hin zu Medienanalyse (für einen Überblick siehe Benford/Snow 2000; Snow et al. 2019a: 392ff.).

Bewegungsforderungen in verallgemeinerbare Botschaften für ein breiteres Publikum zu übersetzen. Außerdem können, wie Melinda Miceli (2005: 600) erläutert, sich gegensätzliche Frames genau aufgrund ihres kontroversen und adversativen Charakters wechselseitig verstärken, wenn sich zwei Gruppen diametral gegenüberstehen.

Zentrale Deutungsschemata werden *Master Frames* genannt, wenn sie eine tiefe Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft haben und es vermögen, dass unterschiedliche Bewegungen auf ihrer Basis Koalitionen bilden und verschiedene Interessen als gemeinsame Forderungen artikulieren (Snow/Benford 1988: 211f.; Snow et al. 2019b: 395). Als ein Beispiel für Master Frames werden in der Literatur zu sozialen Bewegungen die Forderungen nach globaler Gerechtigkeit genannt, auf deren Grundlage ein breiteres Netzwerk sozialer Bewegungen rund um die 1990er Jahre entstanden ist (vgl. u.a. Andretta et al. 2007; Baumgarten 2017; Daphi 2019).¹² Als sich 2007 infolge der sozialen und wirtschaftlichen Krise weltweit eine Reihe an Bewegungen formierte, nahm die Forderung nach einer anderen und realen Demokratie die Gestalt eines Master Frames an, der das Verlangen nach wahrer politischer Teilhabe sowie eine Kritik an den wirtschaftlichen neoliberalen Reformen und ihren entsprechenden Kürzungsmaßnahmen umfasste (vgl. della Porta 2015; Flesher Fominaya/Cox 2013).

Im Hinblick auf die Anti-Austeritätsproteste in Portugal arbeitete Britta Baumgarten zum Beispiel heraus, dass eine der Stärken der Bewegung gegen die Austeritätspolitik gerade ihr Kapazität war, die transnationale Empörungswelle als nationale, für die portugiesische Bevölkerung relevante Frage zu deuten (vgl. Baumgarten 2014, 2013). Die Übertragung transnationaler Forderungen in nationale Symbole durch kollektive Frames, wie z.B. die Bezugnahme auf die Nelkenrevolution und die Einforderung von in der Verfassung vorgesehenen Rechten durch die portugiesische Anti-Austeritätsbewegung (Baumgarten 2014: 109), kann Mobilisierungsprozesse unterstützen und verstärken. Wie Haunss (2004: 35) in Bezug auf den Beitrag des Framing-Ansatzes feststellt,bettet er einerseits die Deutungspraktiken von Bewegungen in ein gesellschaftliches Wertesystem und sieht andererseits diese Prozesse nicht getrennt von institutionellen Dynamiken, die das Formulieren und Verbalisieren solcher Deutungen erst ermöglichen.

In der englischsprachigen Bewegungsforschung untersuchen einige Forschungsinitiativen, die sich an der Schnittstelle zu den *socio-legal studies* befinden, wie spezifische juridische Deutungsschemata bzw. *legal frames* zu bestimmten Ergebnissen zugunsten der Bewegungen führen

¹² Auch die Antiglobalisierungsbewegung rund um die 2000er Jahre teilte den Frame für globale Gerechtigkeit unter dem Slogan *another world is possible* (vgl. u.a. Andretta et al. 2007; Bringel/Muñoz 2010; Daphi 2019).

(Leachman 2013: 26). Justin Wedeking analysiert, wie soziale Bewegungen ihre Anliegen in positives Recht übertragen und inwiefern sie dabei die individuellen Vorannahmen von juridischen Akteur:innen – vor allem von Richter:innen – wahrnehmen und adressieren (Wedeking 2010: 620). Wenn soziale Bewegungen in der Lage sind, das Resonanzpotenzial eines Frames angesichts der Rechtsordnung einzuschätzen, so ist es Wedeking zufolge möglich, eine Typologie für die Ermittlung erfolgsversprechender Strategien sozialer Bewegungen vor Gerichten zu entwerfen (ebd.: 635).

Angesichts der Auseinandersetzung über die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes für Migrant:innen in Frankreich argumentiert Vincent-Arnaud Chappe, dass im Arbeitskontext der »*cadrage juridique*«, das heißt die rechtliche Rahmung sozialer Forderungen, die soziale Legitimierung der Kämpfe verstärke, indem die Risiken politischer Kontroversen durch die Legitimation von Forderungen minimiert würden (Chappe 2011: 125). Bewegungen können von der Übersetzung eines politischen Anliegens in eine rechtliche Frage profitieren, denn rechtliche Frames begünstigen, wie Chappe in seiner Fallstudie zeigt, in der Regel die Formierung von Koalitionen zwischen kollektiven Akteur:innen und anderen sozialen Gruppen (ebd.: 128). Hierbei ist festzuhalten, dass das Deuten bzw. *framing* kollektiver Anliegen in Kämpfen um Rechte je nach Kontext produktiv für soziale Bewegungen sein kann. Die oben vorgestellten Forschungen zu *legal frames* zeigen, dass der Rekurs auf rechtlich gestützte Slogans oder unmittelbar auf rechtliche Forderungen Bewegungsstrategien legitimiert und dabei Erfolgsschancen der Mobilisierung stärken kann.

Diese Studien, die an den Framing-Ansatz anschließen, zeigen auch, wie diskursive und kommunikative Dimensionen der Bewegungspraxis Einfluss auf Mobilisierungsprozesse sowie die Allianzbildung innerhalb und zwischen Bewegungen haben (vgl. Haunss 2007; Snow et al. 2007; Sugiyama 2008). Jüngere Studien im Bereich der *Cultural Political Economy* untersuchen zum Beispiel die Mobilisierung gegenhegemonialer Diskurse durch soziale Bewegungen sowie die Mechanismen, »mittels derer sich gesamtgesellschaftliche Dynamiken und der politische Herrschaftskontext auf Prozesse der Bedeutungskonstruktion und -festschreibung auswirken« (Krams 2019: 64; für einen Überblick siehe auch McCammon et al. 2007; della Porta 2017). Wie Vertreter:innen des Framing-Ansatzes die Durchführung von Forschungen in Anlehnung an dieses Paradigma einschätzen, ist der Framing-Ansatz nicht als Alternative zu anderen Forschungsperspektiven hinsichtlich sozialer Bewegungen entwickelt worden, sondern vielmehr um Aspekte und Dimensionen der Bewegungspraxis zu untersuchen, die von den anderen Blickwinkeln aus nicht gesehen werden (Snow et al. 2019b: 405). Damit meinen die Wissenschaftler:innen gerade die Dimensionen der »Mobilisierung

und Gegenmobilisierung von Deutungen und Ideen« (ebd.). Aufgrund seines analytischen Fokus ist der Ansatz in seiner Reichweite zur Erklärung breiterer kontextueller Ereignisse, struktureller Ursachen sowie politischer Effekte von Mobilisierungen begrenzt. Dennoch können sich weiterhin Forschungsvorhaben an seine Kategorien und analytischen Werkzeuge anschließen, insbesondere, wenn sie sich mit kommunikativen und diskursiven Dimensionen der kollektiven Mobilisierung auseinandersetzen.

4.5 *Contentious Politics* und rechtliche Repertoires

Der *Contentious-Politics*-Ansatz (CP)¹³ analysiert große soziale und politische Veränderungen, die sich angesichts und gleichzeitig im Rahmen von sozialen Mobilisierungen und Protestzyklen entfalten (McAdam et al. 1996b; Tilly/Tarrow 2006). Dieses von Sidney Tarrow, Doug McAdam und Charles Tilly initiierte, kooperative Forschungsprojekt untersucht dafür die dynamischen Interaktionen zwischen sozialen Bewegungen und anderen Elementen der politischen Arena: Institutionen, politische Akteur:innen und ihre Praktiken (Tarrow 2012: 22). Der CP-Ansatz stellt ein Dachkonzept dar, mit dem soziale und politische Veränderungen langfristig untersucht werden (Tarrow 2011: 27f.), und verbindet institutionelle Politik mit disruptiven Prozessen im Sinne widerständiger Praktiken sozialer Bewegungen (McAdam 1999: 34). Die Begründer des CP-Ansatzes kritisieren bestehende Theorien der Bewegungsforschung, da diese sich vor allem auf die internen Bewegungsdynamiken konzentrieren, was eine künstliche Trennung zwischen den von Bewegungen ausgetragenen Protesten oder Mobilisierungen und den von institutionellen Akteuren angeleiteten politischen Reaktionen oder Veränderungsprozessen reproduziere (McAdam et al. 1996b: 27):

»That social movements should be seen in a dynamic framework is not a new idea. But the problem with both the resource mobilization and political process approaches as they developed in the United States is that they were so movement-centered that it was difficult to track how movements interact over time with other elements of the polity« (Tarrow 2012: 22).

¹³ Zentrale Arbeiten in der Begründung des CP-Ansatzes sind die Forschungen von Charles Tilly *From Mobilization to Revolution* (Tilly 1978) und die Studie von Doug McAdam *Political Process and the Development of Black Insurgency, 1930–1970* (McAdam 1999). Letztere markiert den Übergang aus der Analyse von politischen Prozessen zur Etablierung des *Contentious-Politics*-Paradigmas (McAdam et al. 1996).

Mit dem CP-Ansatz analysieren Forscher:innen radikal-transformatorische Momente, wie beispielweise Revolutionen, aber auch Demokratisierungs- und Staatsbildungsprozesse. Entsprechende Studien arbeiten Gemeinsamkeiten und kollektive Praktiken heraus, die sich historisch im Kontext gesellschaftlicher Umbrüche wiederholen (vgl. Tilly 1978, 1989; Tilly/Tarrow 2006; Skocpol 2015 [1979]; Bringel 2012; McAdam/Tarrow 2010). In diesem Sinn ist für McAdam, Tarrow und Tilly *contention* nichts anderes als eine Form kollektiver Interaktion, die einerseits von »nicht konventionellen« Akteur:innen in der politischen Arena angeleitet wird. Diese zeichnet sich andererseits durch die Mobilisierung von Kapazitäten und Deutungen für das Erkämpfen kollektiver Forderungen aus, die sich vor allem an staatliche Institutionen richten (McAdam et al. 1996b: 17). Im Rahmen dieser Interaktionen agieren soziale Bewegungen als »strangers at the gates« (Tarrow 2012: 3), denn sie befinden sich vor den Toren beziehungsweise an den Rändern der Institutionen, stehen jedoch nicht *außerhalb* der politischen Arena. Soziale Bewegungen haben in diesen Interaktionen eine ambivalente Position. Sie können widerständig handeln, müssen aber unter Umständen im Verlauf von Protesten mit den von ihnen herausgeforderten Institutionen kooperieren. Erst wenn Bewegungen jedoch imstande sind, ihre strategischen Tätigkeiten mit Rekurs auf innovative Handlungsformen auszuweiten und diese gegen mächtige Gegner:innen zu richten, wird es Tarrow zufolge möglich, über radikale Veränderung zu sprechen (Tarrow 2011: 17).

Ergebnisse und Erfahrungen früherer strittiger Momente oder der Interaktionen zwischen Bewegungen und Institutionen werden durch Lernprozesse von Bewegung zu Bewegung übertragen, so wie die Vertreter:innen des CP-Ansatzes die Reproduktion von Taktiken, Performanceformen und Strategien über die Zeit und einzelne Bewegungen hinaus betrachten (McAdam et al. 1996b: 28). Typische kollektive Praktiken sozialer Bewegung werden in der Forschung als Handlungsrepertoires, Protestrepertoires oder einfach Repertoires genannt (vgl. Tilly 2006) und geben Hinweise über Auswirkungen bekannter Handlungsformen, wobei sie etablierte oder innovative Protest- und Organisationsstrategien abhängig von Bewegungszielen auswählen (della Porta 2013: 2). Auf diese etablierten Handlungsrepertoires, die als »Handlungsreservoir« (repository of knowledge) (Tarrow 2011: 29) gelten, können Bewegungen zugreifen, wenn sie ihre Forderungen in Form kollektiver Mobilisierungsprozesse kanalisieren wollen.

Das Konzept von Repertoires stellt eine Verbindung zwischen vergangenen Protestdynamiken mit heute üblichen Praktiken heraus; dabei wird die Herausbildung der »kreative[n] Spannung zwischen Innovation und Persistenz« sichtbar (McAdam et al. 1996b: 23). Dieses Konzept haben die Vertreter des CP-Ansatz angesichts historischer Beobachtungen entwickelt: Aktivist:innen greifen häufig auf historisch erprobte

Protestrepertoires zurück, wie Sit-ins, Mahnwachen, Demonstrationen, aber auch Flashmobs, Platzbesetzungen und konfrontative Strategien (Haunss 2007: 163). In den ersten Phasen von Mobilisierungszyklen, so zeigen verschiedene Studien, tendieren Protestierende dazu, auf bestehende Repertoires zu rekurrieren, um ihre Taktiken durch die Identifikation mit früheren sozialen Bewegungen zu legitimieren (McAdam et al. 1996b: 23). Der Rekurs auf bereits bekannte Repertoires steigert die Chancen, dass eine neue Mobilisierung nicht nur mediale Aufmerksamkeit, sondern vor allem die Unterstützung anderer sozialer Gruppen gewinne (ebd.: 24). Indem Repertoires eine gewisse Berechenbarkeit zur kollektiven Handlung mit sich bringen, könnten kollektive Akteur:innen die Folgen ihrer Strategien besser einschätzen, die benötigten Ressourcen kalkulieren und andere zuvor unbekannte Faktoren vorweg identifizieren, die einem erfolgreichen Mobilisierungsverlauf im Wege stehen könnten (Haunss 2007: 163).

Die Übertragung von Protestrepertoires findet nicht nur historisch von Bewegung zu Bewegung, sondern auch innerhalb von Protestzyklen statt, wenn beispielweise mehrere Protestevents an verschiedenen Orten, über einen bestimmten Zeitraum und mit Teilnahme von unterschiedlichen Akteurskonstellationen durchgeführt werden (Tarrow 2011: 52). Für die Vertreter:innen des CP-Ansatzes erhöhen sich die Chancen, dass sich im Zuge von Protestzyklen die Kreativität und die Vorstellungsmöglichkeiten der Bewegungen zuspitzen: Taktiken, die außerhalb einer Mobilisierungswelle für unwahrscheinlich, gefährlich oder unzumutbar gälten, könnten gerade in Protestzyklen attraktiv werden (McAdam et al. 1996b: 23–24).

Ein Bezug auf kollektive Repertoires, die sich des Rechts bedienen, bleibt allerdings in dieser Tradition weiterhin unter der Analyse von Interaktionen zwischen Bewegungen und staatlichen Institutionen subsumiert, sodass auch hier die Besonderheiten des juridischen Feldes nicht in all seinen Potenzialen eruiert werden (Tarrow 2012: 22). Rechtliche Rahmenbedingungen für Mobilisierungen, wie zum Beispiel die Genehmigung von Demonstrationen oder das Versammlungs- und Streikrecht, bestimmen, wie Tarrow und della Porta erklären, welche Möglichkeiten Bewegungen überhaupt haben, um auf bestimmte Protestrepertoires zu rekurrieren und in der Öffentlichkeit kollektiv zu handeln (ebd.: 12; della Porta 2013: 2). In diesem Zusammenhang sprechen McAdam und Tarrow von einem »contained repertoire« (McAdam/Tarrow 2019: 28) und drücken damit aus, dass der rechtliche Rahmen kreative und spontane Handlungsrepertoires eingrenzen kann. Zu dieser Debatte trägt auch Marc Steinberg bei und argumentiert, das Recht strukturiere nicht nur die Produktions- und Ausbeutungsform, sondern auch den Möglichkeitsrahmen für politische Auseinandersetzungen (Steinberg 2005: 33). Steinberg zufolge übe das Recht vor allem einen limitierenden Effekt auf

die Auslösung einer Protestwelle oder die Anwendung radikaler Strategien aus. Basierend auf einer Untersuchung zur Ausübung des Streikrechts durch Arbeiter:innen stellt er fest, dass die Institutionalisierung dieses spezifischen Rechts einem Repressionsrisiko hinsichtlich der Anwendung des Streiks als politische Praxis bzw. Protestrepertoire unterliegt (ebd.: 43).¹⁴

Eine andere Interpretation vertritt Cristiana Losekann in einer Studie über rechtliche Strategien der Umweltbewegung in Brasilien. Die Bewegungsforscherin lehnt eine Betrachtung des Rechts ab, die dieses einseitig als Äquivalent zur Repression sieht. Der Rekurs auf Rechtsmittel ist ihrer Auffassung nach zwar zunächst eine individuelle Strategie, die aber durch die Einbettung in ein kollektives Projekt tatsächlich gewinnbringend für soziale Bewegungen werden kann (Losekann 2013: 317). Ähnlich zeigt auch Lynette J. Chua in seiner Forschung über das *gay rights movement* in Singapur, dass Aktivist:innen trotz eines autoritären Staates eine pragmatische Haltung zum Recht entwickeln können. Sie griffen auf bestehende Rechtsmittel als Gelegenheit zurück, um jede mögliche Arena für ihre Kämpfe zu mobilisieren. Von daher setze sich die Bewegung mehr mit dem strategischen Gehalt der Repertoires für ihre Ziele auseinander und weniger mit dem Dilemma zwischen Ermächtigung oder Vereinnahmung durch rechtliche Strategien oder Institutionen (Chua 2014: 147). Kurz gesagt sehen die Forschungen unter dem CP-Ansatz gewisse Vorteile bei der Nutzung des Rechts als Handlungsrepertoire, wenn dies den Bewegungen produktive Potenziale bringt. Andererseits herrscht unter den Vertreter:innen dieser Strömung eine verkürzte Sichtweise des Rechts, die sich entweder durch die Gleichsetzung rechtlicher und repressiv-staatlicher Institutionen manifestiert (vgl. Steinberg 2005), oder durch die Betonung einer limitierenden Wirkung des Rechts auf die Kreativität sozialer Bewegungen, neue Repertoires zu erfinden (vgl. della Porta 2013).

Trotz seiner Grenzen bei der Betrachtung des Rechts erweitert der CP-Ansatz den Blick der Bewegungsforschung auf die politischen Verflechtungen von Bewegungen mit institutionellen und staatlichen Dynamiken. Mit seiner holistischen Perspektive bietet das Konzept einen Leitfaden für empirische Untersuchungen der verschiedenen Konstellationen sozialer Bewegungen im Kontext politischer Transformationsprozesse. Dabei erheben Arbeiten in dieser Tradition den Anspruch, vor allem die institutionellen Veränderungsdynamiken auszuloten, ohne den Gehalt der

¹⁴ Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kommen weitere Studien, die die repressiven Effekte rechtlicher Repertoires auf Protestkampagnen untersuchen. Sie betonen vor allem die Auswirkungen staatlicher Repression, die rechtlich legitimiert ist, auf kollektive Mobilisierungsprozesse (Ellefse 2016: 443).

kollektiven Praktiken, Identitäten und der kulturellen Einordnung außer Acht zu lassen (McAdam/Tarrow 2019: 23). Der Fokus liegt auf den sichtbaren Phasen von Mobilisierungen, insbesondere im Rahmen von Protestzyklen, da in diesen Momenten die unmittelbaren Artikulationen zwischen Bewegungen und institutionellen sowie staatlichen Akteuren stattfinden. Das Erkenntnisinteresse dieses Ansatzes ist hilfreich, um die Verwobenheit strittiger und institutioneller Dynamiken mit Handlungsrepertoires von Bewegungen zu identifizieren, lässt allerdings im Gegensatz zu den anderen partiellen Theorien der Bewegungsforschung die Konstituierungsdynamiken der Bewegungen eher unberücksichtigt.

4.6 Bewegungsforschung trifft Gesellschaftstheorie: Kollektive Kämpfe jenseits der »Werkzeugkiste« überdenken

Die vier in diesem Kapitel vorgestellten Ansätze werden in mehreren Arbeiten der Bewegungsforschung als »Werkzeugkiste« bezeichnet (vgl. Cini et al. 2017; della Porta 2017; Engelhardt/Moore 2017). Ein gemeinsamer Nenner dieser paradigmatischen Forschungslinien ist es, dass sie soziale Bewegungen als rational handelnde Akteur:innen konzipieren. Dies stellt den Ausgangspunkt dar, um die Rolle dieser kollektiven Akteurskonstellationen in transformatorischen Prozessen zu untersuchen. Insbesondere der CP-Ansatz, der als Dachkonzept der anderen partiellen Theorien dient, macht es möglich, Bewegungspraktiken in ihrer Mehrdimensionalität zu erfassen, und entwickelt – unter Rückgriff auf den Begriff des Handlungsrepertoires – einen Operationalisierungsvorschlag für empirische Forschungsarbeiten zu Protestzyklen. Einen Mehrwert leistet dieser Ansatz auch, indem er sowohl konkrete Dynamiken von Bewegungen sichtbar macht als auch die Auswirkungen ihres Handelns im gesellschaftlichen Kontext untersucht (Rucht 1994; della Porta 2015a). Für die Begründer des CP-Ansatzes konstituieren sich soziale Bewegungen in einer relationalen Interaktion mit Institutionen, Verbündeten und Gegner:innen, denen gegenüber sie performative, materielle und diskursive Mittel einsetzen. Sie tun dies, um ihre kollektiven Interessen zu unterstützen und in die staatlichen Institutionen einzuschreiben (McAdam et al. 1996b: 17).

Die vier paradigmatischen Ansätze der Bewegungsforschung überwinden außerdem die Vorstellung, einzelne Individuen würden nur nach eigenen nutzenmaximierenden Interessen handeln, und ersetzen diese individualistische Konzeption des kollektiven Handelns durch eine relationale Definition sozialer Bewegungen. Kollektiv ausgetragene Mobilisierungen, an denen sich soziale Bewegungen beteiligen und die auch als soziale Kämpfe bezeichnet werden können, setzen hingegen eine breite

Vernetzung und das Zusammenkommen verschiedener Kapazitäten und Ressourcen voraus (Chappe 2011: 110; Snow et al. 2019a: 7ff.). Die dargestellten Ansätze helfen bei der Sichtbarmachung, Beschreibung und Analyse der unterschiedlichen Dimensionen, die nicht nur die Entstehung einer Bewegung, sondern auch den Verlauf einer Mobilisierung beeinflussen und bestimmen.

Trotz den Beiträgen des Framing-Ansatzes bleiben in diesen paradigmatischen Studien jedoch die ideologische Einordnung der Akteur:innen und ihrer Praktiken sowie die Stellung des eigenen Kollektivs in transformatorischen oder gegenhegemonialen Projekten weiterhin lückenhaft (Snow/Benford 1988: 210; auch Sander 2016: 412). Der Bewegungszentrismus in den Ansätzen von Ressourcenmobilisierung und *Framing* sowie der Fokus auf den Staat in den Theorien der politischen Gelegenheitsstrukturen und teilweise im CP-Ansatz führen allerdings dazu, wie in diesem Kapitel gezeigt, dass andere Interaktionsebenen jenseits der politischen Arena, wie zum Beispiel das juridische Feld, in der Forschung kaum Berücksichtigung finden.

Ebenfalls relevant bei einer Betrachtung dieser paradigmatischen Ansätze ist die Kritik, dass sie sich insbesondere mit Protestzyklen befassen und daher nur einen begrenzten Zeitrahmen in der Analyse von Mobilisierungsprozessen aufnehmen. Die Mehrheit der Forschungsarbeiten bevorzugt also die Analyse unmittelbarer und sichtbarer Auswirkungen von Protesten, die eine retrospektive Bewertung zwischen dem Verhältnis von eingesetzten Strategien und Ressourcen zu den erzielten Ergebnissen vornimmt (vgl. u.a. Koopmans/Statham 1999; McAdam et al. 1996; McCammon et al. 2007; McCarthy/Zald 1977; Tilly 1989, 1978; Tilly/Tarrow 2006).

Im Moment des Protestes sind aber die latenten und weniger offensichtlichen Netzwerke nicht immer sichtbar. Neue Konvergenzen zwischen Bewegungen und weiteren Zusammenschlüssen von politischen Akteur:innen entstehen in der Mobilisierung, die es langfristig zu untersuchen gilt (vgl. Engelhardt/Moore 2017; Vestena 2019). Eine langfristige Betrachtung von Mobilisierungsprozessen ermöglicht es, die Vorstellungen von Erfolg und Scheitern, die in der Regel mit der unmittelbaren Durchsetzung kollektiver Forderungen im Rahmen des Protestzyklus verbunden sind, zu überdenken (Roth 2012). Da sich die traditionelle Bewegungsforschung in erster Linie retrospektiv mit der Geschichte der Bewegungen auseinandersetzt, zieht sie eine Bilanz über die erzielten Ergebnisse der Mobilisierung, aber nicht über die zunächst nicht sichtbaren Lernprozesse, die sich auch im Fall einer Demobilisierung sowie einer Niederlage sehr wohl auf die Bewegungsrepertoires auswirken und mit institutionellen Veränderungen einhergehen können (Santos 2018: 209). Die Vorstellung des Erfolgs kann nicht auf die unmittelbaren Auswirkungen der Proteste reduziert werden, denn soziale Bewegungen

übertragen kollektive Repertoires und das Wissen aus ihren Erfahrungen auf die Herausbildung und Stärkung weiterer kollektiver Netzwerke (vgl. della Porta 2013; Tarrow 2012).

Eine Bewegungsforschung der *longue durée* könnte daher eine Grundlage bilden, um Sedimentierungsprozesse sowie Resonanzen einer Mobilisierungswelle innerhalb staatlicher und juridischer Institutionen zu untersuchen. Diese Grenze, die die in diesem Kapitel vorgestellten Ansätze teilweise weiterhin aufzeigen, wird besonders relevant, wenn zum Beispiel die langwierige zeitliche Dimension für die Verarbeitung von rechtspolitischen Fragen in der juridischen Arena betrachtet wird (vgl. Kaleck/Saage-Maaß 2010; Müller 2011; Vestena 2019). Die Zeit des prozessualen Ritus eines Rechtsverfahrens ist fundamental verschieden von der Zeit der politischen Mobilisierung durch Proteste und kollektive Repertoires. Nicht selten fällt die rechtliche Entscheidung nach dem Ablauen der Mobilisierung und trifft auf die Hochphase des Protests nicht mehr zu. Die Analyse der Mobilisierungsprozesse in einer langfristigen Zeitskala ermöglicht eine Blickerweiterung auf Effekte der Mobilisierung, die sich nachträglich institutionell und auch auf der juridischen Arena, in Gerichten sowie in der Rechtsauslegung zeigen (Vestena 2017: 659), wie es im portugiesischen Fall im Rahmen der Rechtsprechung während der Krise geschah und im siebten Kapitel der Arbeit, in der Fallstudie aufgezeigt wird.

Beide Kritiken an den analytischen Grenzen der paradigmatischen Ansätze der Bewegungsforschung, einerseits bezüglich der Vorstellung von Erfolg, andererseits hinsichtlich der Zeitwahrnehmung, ähneln der rechtssoziologischen Debatte zur Analyse des Erfolgs von strategischer Prozessführung. Wie im vorherigen Kapitel dargelegt, bleiben, wenn die Untersuchung über die Potenziale der Rechtsmobilisierung sich auf die Rechtsklage zentriert, insbesondere die kollektiven Organisierungsmomente und Ergebnisse sozialer Kämpfe außer Acht. Von den Bewegungen strategisch eingesetzte Rechtsverfahren sowie Protestzyklen können als sichtbare Momente der jeweiligen Rechtskämpfe und sozialen Kämpfe gesehen werden. Die gerichtliche Bestätigung einer Klage sowie das Eingehen auf Bewegungsforderungen bedeuten objektiv positive Ergebnisse der sozialen Mobilisierung für das Kollektiv, die rechtlicher Erfolg genannt werden. Statt nur als individuelle Siege der Bewegungen sollten solche Resultate der Kämpfe nicht ohne Blick auf die daraus resultierenden Vernetzungsdynamiken betrachtet werden, wie im nächsten Kapitel hinsichtlich der Beiträge von kritischen Diskussionssträngen der Bewegungsforschung herausgearbeitet wird.

In diesem Kapitel habe ich allerdings gezeigt, dass die Bewegungsforschung über die Zeit hinweg ihren analytischen Fokus und ihre empirischen Gegenstände ausgedehnt hat. Dieser Anspruch kulminierte in dem CP-Ansatz, der Protestdynamiken über die Organisierung der Bewegung

hinaus untersucht (vgl. McAdam/Tarrow 2019). Dennoch widmen sich Forschungsvorhaben in dieser Tradition überwiegend den Effekten von Mobilisierungen auf staatliche Institutionen, wobei in diesem Verständnis Bewegungsstrategien vor allem nach ihrer Wirkung auf die institutionelle Ebene bewertet werden. Dies umfasst in der Regel eine aktive Handlung des Staates, die sich an einer Gesetzesveränderung beziehungsweise an der Implementierung einer politischen Maßnahme, oder aber auch am Nichthandeln (z.B. Blockade eines Verhandlungsprozesses) zeigt (Tarrow 2012; Tilly/Tarrow 2006). Unter diesem staatszentrierten Blick bleiben die Auswirkungen anti-institutioneller Strategien, latenter und kontinuierlicher Vernetzungsprozesse sowie gegenhegemonialer Projekte auf das politische sowie juridische Terrain im Regelfall unberücksichtigt.

Kritische Wissenschaftler:innen plädieren für eine Richtungsverschiebung im Feld der Bewegungsforschung, die es notwendig mache, diese in eine kritische Gesellschaftsanalyse einzubetten (della Porta 2015b, 2017; Engelhardt/Moore 2017). Indem eine Mehrzahl an Arbeiten der Bewegungsforschung den Anspruch erhebt, eine auf »objektiven« Methoden basierende und selbstreferenzielle Forschung zu betreiben, kommt es kaum zu einer gesellschaftskritischen Auswertung ihrer empirischen Forschungsergebnisse. Die in diesem Kapitel vorgestellten paradigmatischen Forschungsansätze vertreten ein objektives und wertneutrales Verständnis von sozialen Bewegungen (Krinsky 2013: 107). Ihr Erklärungspotenzial richtet sich auf den Aufbau eines objektiven Wissens über die Bedingungen, die Individuen zum kollektiven Handeln bringen. Ihnen geht es weniger darum, Wissen zu erarbeiten, das Bewegungen in ihrer Strategiewahl und im Umgang mit politischen Barrieren unterstützen kann (Cox 2018: 89). Die Neutralitätsbemühungen vertiefen die Trennung zwischen einem *academic thought* über soziale Bewegungen und einem *movement thinking*, d.h. einem gemeinsamen Nachdenken mit den Bewegungen über die Potenziale ihrer Kämpfe, die sie durch kollektive Organisierung austragen (ebd.).

Die in diesem Kapitel vorgestellten Theorien der Bewegungsforschung beziehen, so wie John Krinsky kritisiert, keine deutliche Stellung in »breiteren Debatten über Macht, Ökonomie und den Staat; und [erkennen] nur mit Unbehagen [...] ihre eigenen politischen Projekte in ihrer Arbeit an« (Krinsky 2013: 107). Zwischen einer mit den Bewegungen verankerten Forschung und einem neutralen Empirismus scheint Ruchs Vorstellung, eine Perspektive der »reflexiven Sympathie« (*reflective sympathy*) in der Forschung zu sozialen Bewegungen einzunehmen, für die Analyse gesellschaftskritischer Bewegungen und ihrer Kämpfe um Rechte aufschlussreich zu sein (Rucht 2019: 152). Damit ließe sich einerseits die Idealisierung des transformatorischen Potenzials konkreter Bewegungen vermeiden. Andererseits könnten mit Rekurs auf wissenschaftliche

Methoden die verschiedenen und konstitutiven Aspekte der Mobilisierung im Detail untersucht werden, um somit qualifizierte und zuverlässige Expertise über die Bewegungen zu gewinnen (ebd.).

Das Interesse, widerständige Praktiken zu identifizieren und diese nach ihrem transformativen Potenzial auszuloten, charakterisiert kritische Ansätze der Bewegungsforschung, wie im nächsten Kapitel im Detail eruiert wird. Dieser Diskussionsstrang hat sich innerhalb der Bewegungsforschung etabliert und analysiert kollektive Praktiken und Organisationsformen, die vom bestehenden Instrumentarium der Bewegungsforschung nur partiell erfasst werden können. Die Finanzkrise 2007 und ihre Nachwirkungen haben für die Bewegungsforschung zu einer Wiederbelebung materialistischer Erklärungsansätze geführt. In den letzten Jahren erschienen vermehrt Arbeiten, die die instrumentell-deskriptiven Erkenntnisse aus dem Bewegungsforschungskanon mit einer kapitalismuskritischen Gesellschaftsanalyse koppeln (vgl. Rucht 2016; Cini et al. 2017; Sorg 2020). Dabei nehmen solche Forschungsvorhaben den nicht-institutionalistischen und hierarchieabweisenden Charakter der Platzbesetzungen sowie die Formierung fluider und vielschichtiger Bewegungssubjektivitäten unter die Lupe, wie das Beispiel der Anti-Austeritätsbewegung, das im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht. Diese neueren Studien gehen der Frage nach, inwiefern neue Konstellationen sozialer Bewegungen ein Novum sowohl für die Bewegungsforschung als auch für die eigenen Bewegungsnetzwerke darstellen. Sie untersuchen diese Kollektive angesichts ihrer Handlungsrepertoires, ohne sie unter einer institutionalistischen Logik zu subsumieren. Diese beiden Aspekte sind grundlegend für die vorliegende Arbeit, denn sie laden die Bewegungsforschung dazu ein, neue kollektive Organisationsformen und Identitätsbildungsprozesse wahrzunehmen und sich zugleich mit den eigenen und limitierten Potenzialen sozialer Kämpfe im juridischen Feld auseinanderzusetzen.